

**Antrag 7/I/2021**

**SPD-UB Landkreis Harburg**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Quote für die Parlamente**

- 1 Parlamente müssen grundsätzlich paritätisch mit Frauen besetzt sein, um als demokratisch legitimiertes
- 2 Organ der Gesetzgebung angemessen die Bevölkerung abzubilden. Nur so kann eine Repräsentation der
- 3 Wähler\*innen erreicht werden.
- 4 Daher fordern wir, das Wahlrecht dahingehend zu ändern, dass eine entsprechende Zusammensetzung
- 5 der Parlamente gewährleistet wird. Dazu fordern wir als ersten wichtigen Schritt für die Bundestags- und
- 6 Landtagswahlen:
  - 7 1. Direktmandate werden wie bisher durch die Parteien aufgestellt und in direkter Wahl durch die Bür-
  - 8 ger\*innen gewählt. Der Bundesvorstand wird aufgefordert entsprechende Modelle zu entwickeln und
  - 9 für eine breite Diskussion in die Partei zu leiten.
  - 10 2. Sollten die von einer Partei errungenen Direktmandate mehrheitlich männlich besetzt sein, ziehen
  - 11 über die übrigen Listenplätze ausschließlich Frauen in das Parlament ein, bis eine paritätische Beset-
  - 12 zung von 50% erreicht ist.
  - 13 3. Im Übrigen, falls also von einer Partei keine Direktmandate erzielt wurden oder für die weiteren Plätze
  - 14 nachdem eine Besetzung mit 50 Prozent Frauen erreicht wurde, ziehen die Kandidat\*innen der Liste
  - 15 im Reißverschlussverfahren ein.

16

**17 Begründung**

*18 Wo stehen wir?*

19 Es ist traurige Realität, dass wir auch 100 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven  
20 Wahlrechts für Frauen noch immer keine geschlechtergerechte Besetzung der Parlamente,  
21 unserer Gesetzgebungsorgane, erreicht haben. Nicht nur sind wir von einem Frauenanteil von 50%, wie er  
22 dem Anteil der Frauen an der Wahlbevölkerung entsprechen würde, in Bundestag und Landtagen weit ent-  
23 fernt. Im Jahr 2017 hat sich der Frauenanteil sowohl im Bundestag als auch im niedersächsischen Landtag  
24 sogar noch verringert. Derzeit beträgt der Frauenanteil der Bundestagsabgeordneten nur 31 Prozent. Im  
25 letzten Bundestag, bis 2017, waren es immerhin 37,1 Prozent. Schaut man auf den Anstieg des Frauenan-  
26 teils der vergangenen Legislaturperioden wird klar, dass sich eine paritätische Besetzung des Parlaments  
27 auf absehbare Zeit nicht von alleine ergeben wird. Es handelt sich um keine Nachwehe des viel zu spät  
28 anerkannten Frauenwahlrechts, sondern um ein strukturelles Problem der Politik. Und diese strukturelle  
29 Benachteiligung ist dort am stärksten ausgeprägt, wo es kein Gegengewicht durch verbindliche Frauen-  
30 quoten gibt. So ist der Frauenanteil in den Fraktionen der Grünen, der Linken und der SPD mit jeweils über  
31 40%, teilweise sogar über 50% nahezu ausgeglichen (Grüne: 58,2 Prozent; Linke: 53,6 Prozent; SPD: 41,8 Pro-  
32 zent). In jenen Parteien, die sich selber keine Quotierung für Wahllisten auferlegt haben, ist der Frauenanteil  
33 dagegen deutlich schlechter oder auch so gut wie nicht existent (CDU: 19,9 Prozent, FDP: 22,5 Prozent; AfD:  
34 10,8 Prozent).

35 Ein ähnliches Bild ergibt sich mit Blick auf den ebenfalls 2017 neu gewählten niedersächsischen Landtag.  
36 Hier beträgt der Frauenanteil seit der Wahl sogar nur 27,7 Prozent. Bis zur Wahl 2017 waren es hier dage-  
37 gen noch 31,4 Prozent Frauen. Der niedersächsische Landtag liegt damit sogar noch weiter jenseits einer  
38 gleichberechtigten Repräsentation der Bevölkerung als der Bundestag.

*39 Wo wollen wir hin?*

40 Eine gleichberechtigte Beteiligung im Parlament, nur das ist fair und nur das ist demokratisch. Wo Gesetze  
41 gemacht und Entscheidungen getroffen werden müssen Frauen zu gleichen Teilen beteiligt werden. In un-  
42 serer repräsentativen Demokratie muss die Bevölkerung einen effektiven Einfluss die Staatsorgane haben.

43 Tatsächlich fehlt Frauen dieser Einfluss jedoch, da sie im Parlament nicht repräsentativ vertreten sind. Ihre  
44 Interessen und Perspektiven bleiben im Wesentlichen unberücksichtigt. Wenn aber 50 % der Bevölkerung  
45 in unseren Parlamenten nicht ausreichend vertreten sind, untergräbt das nicht nur die demokratische Legi-  
46 timation dieser Institutionen, es heißt zugleich auch, dass die männliche Hälfte der Bevölkerung mit ihren  
47 Interessen und Vorstellungen überrepräsentiert sind. Bei allen Gleichstellungsdebatten in beruflichem oder  
48 familiärem Umfeld darf nicht ausgeblendet werden, dass es gerade die Politik ist, von der aus die Rahmen-  
49 bedingungen unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens gesetzt werden. Gerade unserer Gesetzgebung  
50 darf daher die weibliche Perspektive nicht fehlen, gerade dadurch wird das patriarchale System, in dem nur  
51 Männer die Regeln machen, gestützt!

52 Es zeigt sich damit, dass das Patriarchat nicht nur zu einer männlichen Dominanz in der Wirtschafts- und  
53 Arbeitswelt führt, auch in der Politik besteht ein krasses Missverhältnis bei der Repräsentanz der Geschlech-  
54 ter. Selbst die EU-Kommission hat bereits 2013 ein solches Missverhältnis von Männern und Frauen in der  
55 Wirtschaft wie auch in der Politik in vielen EU-Mitgliedsstaaten scharf kritisiert und als undemokratisch  
56 bewertet - und Maßnahmen von den Mitgliedern gefordert. In unseren Nachbarländern hat dies zum Teil  
57 bereits gefruchtet, dort wurden in Frankreich, Irland, Belgien, Polen, Portugal, Slowenien, Spanien und Grie-  
58 chenland mittlerweile Quoten-Regelungen für Wahlen eingeführt.

59 *Wie kommen wir zum Ziel?*

60 Die Männer werden die Positionen nicht freiwillig räumen um für mehr Frauen in der Politik Platz zu ma-  
61 chen. Nachdem 100 Jahre seit Einführung des Frauenwahlrechts nicht genug Zeit waren, um Frauen in der  
62 Politik angemessen zu berücksichtigen, wird sich das Problem nicht von allein lösen. Es handelt sich dabei  
63 um keine Einzelfälle oder individuelle Probleme von Frauen, die benachteiligt werden – die Diskriminierung  
64 hat System. Deshalb braucht es klare Regelungen, die eine paritätische Teilhabe von Frauen an der Politik si-  
65 cherstellen – für alle Parteien. Nur so können bestehende Strukturen, die Frauen von politischen Mandaten  
66 abhalten, aufgebrochen werden.

67 Eine verbindliche Quote für unsere Parlamente ist der einzige Weg, um Frauen gleichberechtigt in politi-  
68 sche Entscheidungen einzubinden; um sicherzustellen, dass die Interessen von Frauen Gehör finden; und  
69 um eine lange überfällige Förderung von Frauen in der Politik zu erreichen. Wir brauchen Vorbilder, die an-  
70 deren Frauen das Gefühl geben, den Schritt in die Politik wagen und dort etwas erreichen zu können. Wir  
71 müssen aber auch die Voraussetzungen politischen Engagements überdenken und Hindernisse verschie-  
72 denster Art abbauen, welche talentierte und qualifizierte Frauen von politischen Ambitionen abhalten. Die  
73 Frauenquote ist dafür nur ein erster Schritt, aber ein entscheidender. Gleichzeitig ist die Quote auch hier  
74 wie überall kein Selbstzweck, sondern soll letztendlich durch eine eigenständig funktionierende paritäts-  
75 sche Besetzung der Parlamente überflüssig werden.

76

#### **Empfehlung der Antragskommission**

Überweisen an: Material an den Landesvorstand